



→ **Dr. Dr. Joseph Kastenbauer** ist als Zahnarzt in Altötting tätig und Geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategisches Management im Gesundheitswesen GmbH & Co. KG (ISMG), München. Ehemaliger Präsident der Landeszahnärztekammer Bayern.

www.I-S-M-G.de

Die Sklerose deutscher Gesundheitspolitik

Eine Minimalforderung der Politik definiert sich in „das Mögliche umzusetzen, möglich zu machen“. Was aber ist in einem politisch und damit sozialpolitisch sklerosierten Gemeinwesen, wie der Bundesrepublik Deutschland, noch möglich zu bewegen?

Professor Dr. Norbert Walther, Chef-Ökonom der Deutschen Bank, sagte vor ca. sieben Jahren, die wirklich einschneidenden Reformen kann nur Rot-Grün durchsetzen. Nun haben wir fünf Jahre Rot-Grün und der Karren steckt noch tiefer im Morast. Der Professor meinte, dass eine CDU-geführte Regierung von Streiks weggespült werde, wenn sie politisch durchsetzen würde, was unsere Sozialsysteme reformieren sollte. 80 % der SPD-Bundestagsabgeordneten sind Gewerkschaftsmitglieder. Gerade diese sind die größten Blockierer. Aber auch die C-Parteien betonen zu jeder Gelegenheit, dass das „Soziale“ bei ihnen Priorität hat. Als allgemeine Meinung gilt: Wir müssen reformieren, aber auf keinen Fall was mich selbst oder mein Klientel betrifft.

Ludwig Erhard würde sich im Grab umdrehen, wüsste er, was aus seiner sozialen Marktwirtschaft geworden ist. Sein Postulat war: Zuerst kommt die Wirtschaft und dann das Soziale. Heute ist der Spruch umgedreht. Denn wie wir erleben, hat das Soziale die Wirtschaft kaputt gemacht.

Nun sind wir so weit, dass die hinkende Volkswirtschaft eben das Soziale nicht mehr bezahlen kann. Damit hat sich erfüllt, was Gewerkschaften und SPD bereits vor ca. 30 Jahren beim Amtsantritt von Willi Brandt forderten: Wir müssen die Belastungsfähigkeit der Wirtschaft in den Sozialkosten austesten. Auch die Regierung Kohl hatte in 16 Jahren nicht den Mut zu Reformen. Wir werden also von der Politik weiterhin nur die Verwaltung des immer größer werdenden Mangels an Leistungen, Qualität und Individualität erwarten können. Das Ganze wird unterstützt vom Verwaltungsmoloch der Krankenkassen.

Bleibt uns Zahnärzten eigentlich nur die Hilfe zur Selbsthilfe. Wie könnte ein Teil davon aussehen? Nachdem wir immer von Eigenverantwortung, Individualität und Freiberuflichkeit reden, sollten als erstes die KZVen abgeschafft werden. Die Kolleginnen und Kollegen, die glauben, nur in einer Schutzgemeinschaft zu gleichen Honoraren (ist übrigens auch sozialistisch) überleben zu können, mögen sich in anderen Organisationsformen zusammenschließen. Der Markt muss sowohl für die Zahnärzte wie für die Kostenträger dereguliert werden. Ein Gebührenrahmen und eine Berufsvertretung, wie dies in der Schweiz durch die SSO umgesetzt ist, entspricht einer zahnärztlichen Selbstverwaltung und Gebührenfindung in Zeiten eines zusammenwachsenden Europas.

Das Geschrei nach Pflichtfortbildung, Budget, Honorarabsenkung, Qualitätssicherung würde bald verstummen, da jeder Zahnarzt seine Leistungsfähigkeit gegenüber dem Patienten transparent machen müsste. Fragt sich nur, ob das auch die Zahnärzte wollen und vor allem die Mehrzahl der Vertreter in KZVen und Kammern. Dass die Politik das nicht will, hat der CSU-Minister Seehofer 1993 bewiesen, als er auf die bundesweiten Ausstiegsszenarien der Kassenzahnärzte den Höchstsatz für zahnärztliche Leistungen auf den 1,0fachen Satz der GOZ gesetzlich fixierte. Für die Politik ist es nun mal leichter, eine KZV und Kammer unter staatlicher Aufsicht und Bevormundung zu führen. Bleibt für die niedergelassenen Zahnärzte nur der Mut zu einem Befreiungsschlag zum Nutzen unserer Patienten und deren zeitgemäßer Versorgung in gelebter Freiberuflichkeit.